

VIKTOR FRHR. VON MALCHUS

Raumforschung für das dänisch-deutsche Grenzgebiet

Probleme, Institutionen, Forschungsergebnisse

1. Grenzüberschreitende Planung und Zusammenarbeit an der dänisch-deutschen Grenze

1. Verbesserung der Kooperation in den letzten 10 Jahren

Die derzeitige grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland ist in vielen Bereichen vorbildlich. Sie wird getragen von dem politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Im dänisch-deutschen Grenzgebiet gibt es allerdings, trotz der traditionellen Strukturschwäche des südlichen Teiles dieses Grenzraumes, keine grenzüberschreitenden kommunalen Entwicklungspläne, keinen grenzüberschreitenden Regionalplan, keine bilaterale deutsch-dänische Raumordnungskommission und bisher auch *keine gemeinsame grenzüberschreitende Raumforschung*. Im Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1972 heißt es noch: „Mit dem Nachbarland Dänemark beschränkt sich die raumordnerische Zusammenarbeit im Grenzgebiet auf die Landes- und Regionalebene“ und im Raumordnungsbericht 1974: „Die Notwendigkeit der Einrichtung einer bilateralen Raumordnungskommission mit Dänemark wird zur Zeit geprüft“¹. Die Anfang der 70er Jahre geführten Verhandlungen mit Dänemark erschienen zunächst auch nicht aussichtslos. Heute sind das *Königreich Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland* an einem *gegenseitigen Informationsaustausch, an gemeinsamer Lösung von Problemen und an einer engen Zusammenarbeit von Fall zu Fall* stark interessiert. Seit vielen Jahren arbeiten die Kommunen im Grenzgebiet eng zusammen. Die dänisch-deutsche Gren-

ze, bestehend aus den Teilen Sønderjylland und Schleswig, umfaßt etwa 8 000 qkm (vgl. Abb. 1).

Bereits vor zehn Jahren gaben die Dänen Stellungnahmen zur Raumordnungsplanung der deutschen Grenzgebiete ab, und seit vielen Jahren wird über den Abschluß eines zwischenstaatlichen Vertrages über gemeinsame Raumordnung und Einrichtung einer bilateralen Raumordnungskommission verhandelt – dies jedoch ohne Erfolg². Seit dem Eintritt Dänemarks in die EG hat sich jedoch die Einstellung auf deutscher Seite – wegen der abweisenden Haltung Dänemarks – erheblich gewandelt. Der schleswig-holsteinische Landtag hat sich 1976 einstimmig für eine pragmatische Form der Zusammenarbeit an der Grenze ausgesprochen, bei der allein die Problemlösung im Vordergrund steht und die Form, in der die Zusammenarbeit vor sich geht, nur noch eine nachgeordnete Rolle spielt³.

Dennoch – oder gerade deshalb – können sich, wie im folgenden Text aufgezeichnet, die ersten Ergebnisse der grenzüberschreitenden Kooperation in dieser Region im europäischen Vergleich sehen lassen. Bedauerlich, vor allem im Hinblick auf die europäische Integration, ist jedoch, daß ein großer Teil der pragmatischen Zusammenarbeit – aus welchen Gründen auch immer – von der Öffentlichkeit fast un bemerkt stattfindet. Es sollte geprüft werden, ob eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit den Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit nicht doch eventuell dienlich sein kann.

2. Kommunale Zusammenarbeit

Im Rahmen der *kommunalen Zusammenarbeit* im dänisch-deutschen Grenzgebiet, die gerade hier auf vielen Gebieten

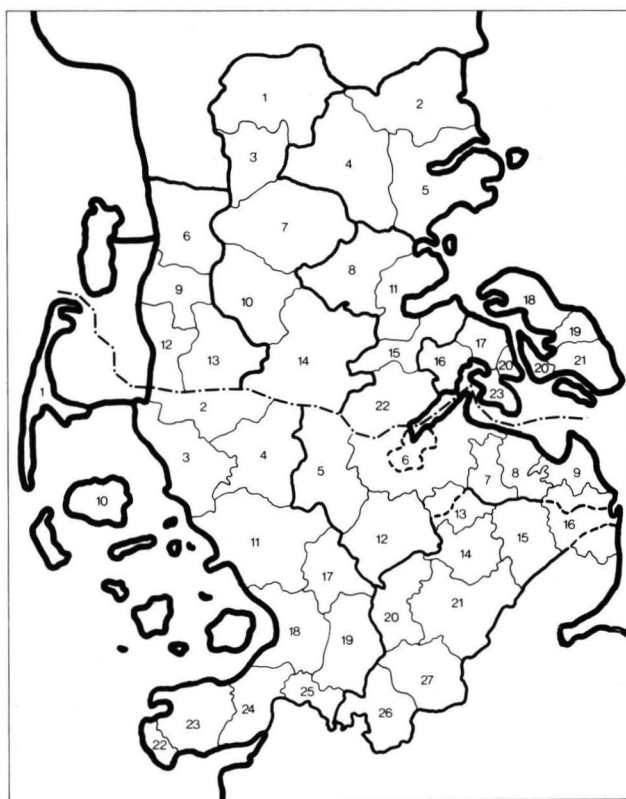
1 Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1972. Bundestagsdrucksache VI/3793 vom 19. September 1972, S. 128. Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1974. – Bonn 1975. = Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bd. 06 006. S. 112. Westphal, J.: Brückenschlag Finnland-Schweden-Dänemark-Deutschland. Rede am 1. 9. 1973 in Tastrup, Dänemark; Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Rede am 13. 12. 1973 in Aabenraa, Dänemark.

2 Vgl. Malchus, V. Frhr. v.: Partnerschaft an europäischen Grenzen – Integration durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit. – Bonn 1975. = Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Bd. 39/40. S. 100 u. S. 230.

3 Vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landtagsdrucksache 8/545 sowie Plenarprotokoll 8/30 vom 8. 12. 1976.



1 a



1 b

Abb. 1: Groß- und kleinräumige Gliederung der dänisch-deutschen Grenzregion (Stand: 1975).
1 a: Analysegebiete der Amtskommune Sønderjylland und Kreise. 1 b: Kommunen und Nahbereiche

Quelle: Reimers, W.; G. Toft: Daten der Grenzregion. Hrsg. vom Deutschen Grenzverein e. V. – Schleswig 1979. Umschlagseiten; die „Analyseregionen“ der Amtskommune Sønderjylland wurden nach 1975 verändert, vgl. hierzu: Amt für Stadtentwicklung und Statistik des Magistrats der Stadt Flensburg (Hrsg.): Sammenlignende statistik for den dansk-

tyske grænseregion. Bearb. von V. Braun u. V. Benkwitz, übers. von E. Asmussen. – Flensburg, Juni 1979, S. 5 oder auch den Erläuterungsbericht (Redegørelse) zum Regionalplan 1980 – 91 für Sønderjylland, a.a.O.

besonders intensiv ist, können besonders hervorgehoben werden⁴ die

- Bildung des *Dänisch-Deutschen Forums für Kommunalpolitik*, in dem Kommunalpolitiker der Amtskommune Sønderjylland, der Stadt Flensburg, der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland pragmatisch, problembezogen, ohne feste institutionelle Formen und Spielregeln grenzüberschreitende Kommunalpolitik erörtern, regeln oder empfehlen;
- Gründung der *Kommission Flensburger Förde* im Jahre 1972, die die Abwasserwirtschaft im Einzugsgebiet der Flensburger Förde überwacht, gemeinsame Wassermessungsstandards erarbeitet und ein gemeinsames Konzept für die Gestaltung der Abwasserwirtschaft über Empfeh-

lungen an die beteiligten Grenzgemeinden und Kommunalverbände verwirklicht;

- Durchführung der dänisch-deutschen Informations- und Kontaktveranstaltungen „*Flensburger Tage / Dänisch-Deutsche Tage*“ seit 25 Jahren, neuerdings alle zwei Jahre im Wechsel zwischen der Stadt Flensburg und den nord-schleswigschen Regionalzentren;
- grenzüberschreitende *energiewirtschaftliche Zusammenarbeit zur Stromversorgung* zwischen Sønderjylland, Højspændingsværk und den Stadtwerken Flensburg;
- Zusammenarbeit im Rahmen des *Küstenschutzes*, der Absicherung der Deiche, der Neulandgewinnung und der Agrarstrukturverbesserung sowie die
- gemeinsame Behebung der Probleme der *Wasser- und Bodenverschmutzung* an der dänisch-deutschen Grenze durch Abstimmungen über Verbesserungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie über Probleme der Trinkwasserversorgung;
- Mitgliedschaft der Stadt Flensburg in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) seit 1978 zwecks Wahrnehmung überregionaler Kontakte.

Darüber hinaus bewältigen die Kommunen beiderseits der Grenze im Rahmen von Zusammenkünften und Abstimmun-

4 Vgl. Richter, B.: Brückenschlag – Kommunale Zusammenarbeit an der deutsch-dänischen Grenze. In: Europäische Zeitung. Sept. (1978) S. 6./European Conference of Ministers responsible for regional planning: Trans-frontier co-operation between Denmark and the Federal Republic of Germany. Europaratsdokument CMAT/HP/Front (72) 3, Strasbourg, 27. Sept. 1972; lt. freundlicher Mitteilung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik des Magistrats der Stadt Flensburg.

gen von Fall zu Fall eine Vielzahl anderer Probleme im Grenzgebiet, wie Kulturaustausch, Abstimmungen im Sozialwesen, Zusammenarbeit im Sport, Gesundheits-, Polizei- und Zollwesen. Bei dieser grenzüberschreitenden Tätigkeit zeigte sich laufend ein Mangel an ausreichenden statistischen Informationen und wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen.

In diesem Zusammenhang dürften auch die kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeitsbemühungen an den sogenannten „nassen Grenzen“ nicht unerwähnt bleiben. So ist zum Beispiel die *Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Ostholstein und Storstrømsamtskommune* hervorzuheben, auf deren Initiative die „Deutsch-Dänische Woche 1977“ zurückging, in deren Rahmen laufend und einigermaßen regelmäßig gegenseitige Besuche und Beratungen der Verwaltungen und politischen Gremien stattfinden und deren Wirtschaftsentwicklungsgesellschaften direkt kooperieren. Daneben gibt es auch noch den *Fehmarn-Lolland-Verein*, der sich auf politischer Ebene um den Bau einer Fehmarn-Belt-Brücke bemüht⁵.

3. Landes- und regionalplanerische Abstimmungen

Die *landes- und regionalplanerische grenzüberschreitende Zusammenarbeit* mit dem Königreich Dänemark erfolgt seit Jahren auf rein pragmatische Weise. Wichtiger Markstein auf diesem Wege war die vor 25 Jahren 1955 abgegebene *deutsch-dänische Erklärung zur Frage der deutschen und der dänischen Minderheiten*. „Diese Bonn-Kopenhagener Erklärung hat in beispielhafter und in klug vorausschauender Weise“ . . . „nach den schlimmen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges einen neuen Anfang gesetzt in den Beziehungen unserer Völker für das Zusammenleben der Menschen im Grenzland.“ . . . „Seitdem diese Erklärung abgegeben wurde, ist ein Verhältnis guter Nachbarschaft gewachsen“⁶. „Diese Erklärungen waren die Einleitung einer harmonischen Entwicklung des dänisch-deutschen Grenzverhältnisses . . . Den Erwartungen, die damals in die Entwicklung der dänisch-deutschen Beziehungen gestellt wurden, ist entsprochen worden“⁷.

Im Jahre des Beitritts Dänemarks zur EG wies der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein anlässlich der *Dänischen Woche* 1973 in Husum darauf hin, daß der Informationsaustausch über grenzüberschreitend wirkende Entwicklungs- und Strukturpolitik verbessert werden mußte. Er hob in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten eines Informationsaustauschs von Journalisten im Rahmen einer

Grenzlandpressekonferenz hervor, die dann auch seit 1974 unter jährlich wechselndem Vorsitz existiert, und er machte auf die bisherige völkerverständigende wertvolle *Tätigkeit der nationalen Minderheiten* aufmerksam. Hinsichtlich der Verbesserung der Informationstätigkeit im Grenzgebiet deutete er auch auf den positiven Ansatz des sich in Vorbereitung befindlichen Grenzregion-Forschungsinstituts in Aabenraa hin und empfahl, daß dieses Institut auch einen Ansprechpartner direkt südlich der Grenze erhalten sollte⁸.

Bereits das „Gesetz über die Grundsätze zur Entwicklung des Landes“ vom 13. April 1971 i. d. F. vom 11. Dezember 1973 (GVBl. 1971 S. 157 und 1973 S. 426) verpflichtet in § 3, „bei allen Planungen . . . die Lage Schleswig-Holsteins im norddeutschen Küstengebiet, im europäischen Raum und als Bindeglied zu Skandinavien zu beachten“.

Im Jahre 1974 gab die Landesregierung im Raumordnungsbericht 1974 einen Überblick über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark. Sie betonte dabei unter anderem, daß eine *Institutionalisierung* der Zusammenarbeit in diesem Grenzgebiet nicht so wichtig sei, weil es relativ wenig grenzüberschreitende Verflechtungen gebe und die Entwicklungsprobleme beiderseits der Grenze weitgehend gleichartig seien. Anstehende Probleme könne man mit Hilfe der guten persönlichen und amtlichen Beziehungen lösen⁹. Zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung im Grenzgebiet erhoffte man sich jedoch von grenzüberschreitenden Untersuchungen zuverlässige und vergleichbare Daten über die Regionalstruktur beiderseits der Grenze. Entsprechende Untersuchungen wurden von der Landesregierung angeregt. Ein deutsches finanzielles Angebot zu einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Untersuchung wurde jedoch 1977 von seiten der Amtskommune Sønderjylland ohne zwingende sachliche Begründung abgewiesen.

Bei der *Abstimmung des Entwurfs des Regionplans V* (Landesteil Schleswig) gab es eine Reihe von dänisch-deutschen Gesprächen und Kontakten unter Beteiligung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der Amtskommune Südjütland, die u. a. folgende wichtige Ergebnisse brachten⁹:

- *Permanente Abstimmungen der Planungen* im Grenzland sind unbedingt erforderlich. Zu diesem Zweck sollen von Zeit zu Zeit Kontaktgespräche geführt werden;
- im Bereich der Flensburger Förde soll es zu laufender *Abstimmung der Bauleitplanungen* in den Grenzgemeinden kommen, um insbesondere der Umweltprobleme Herr zu werden;
- Bemühungen zur *Schaffung vergleichbarer Planungsdaten* im Grenzgebiet sollen eingeleitet werden;
- *Verkehrsplanungen*, besonders hinsichtlich des Autobahnausbaus, sind laufend aufeinander abzustimmen;

5 Laut freundlicher Auskunft von Ministerialrat T. P. Koch, im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein – Landesplanungsbehörde –, vom 27. März 1980.

6 Rede von Bundeskanzler H. Schmidt, anlässlich eines offiziellen Besuches des Ministerpräsidenten des Königreichs Dänemark A. Jørgensen am 20. 3. 1980. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 36 vom 28. März 1980, S. 301.

7 Antwortrede vom Ministerpräsidenten des Königreichs Dänemark A. Jørgensen am 20. 3. 1980. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 36 vom 28. März 1980, S. 303.

8 Vgl. Pressemitteilung der Landesregierung Schleswig-Holstein: Dr. Stoltenberg vor der deutsch-dänischen Pressekonferenz in Husum am 14. September 1973. (Kiel) 13. Sept. 1973, S. 5 – 10; lt. freundlicher Mitteilung der Stadt Flensburg ist seit März 1980 Herr Redakteur Sethe von den Husumer Nachrichten Vorsitzender der „Grenzland-Pressekonferenz“.

9 Vgl. Raumordnungsbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 1974. Landtagsdrucksache 7/1151.

- Untersuchungen über die Möglichkeit gemeinsamer *Küstenschutzmaßnahmen* sollten eingeleitet werden.

Diese Grundsatzbeschlüsse haben eine Reihe von konkreten Zusammenarbeitsprojekten zur Folge gehabt, davon besonders die bereits erwähnte „Kommission Flensburger Förde“, die dänisch-deutsche Technikergruppe zur Sicherung der Tonder-Marsch, die bilateralen Arbeitsgruppen für den Ausbau der Autobahn und des damit verbundenen Grenzüberganges und der erforderlichen Kontrollfunktionen sowie die Zusammenarbeit in der Versorgung mit elektrischer Energie innerhalb der Grenzregionen. Darüber hinaus hat sich noch eine Reihe wirtschaftlicher Verflechtungen entwickelt. Die kulturellen Verbindungen, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Minderheiten, wurden so ausgebaut, daß die Grenzräume kulturell besser versorgt werden als die übrigen Landesteile beiderseits der Grenze¹⁰.

Diese guten Ansätze zur Zusammenarbeit dürfen jedoch nicht vergessen lassen, daß insbesondere große Bereiche des deutschen Teiles der Grenzregion „noch immer im toten Winkel“ liegen und – nicht zuletzt aufgrund historischer Gegebenheiten – sich einer Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Schwierigkeiten gegenübersehen¹¹. Aus eigener Kraft können diese Probleme von der Grenzregion kaum bewältigt werden. Dies hat man in den Hauptstädten der beteiligten Länder klar erkannt; der *Ausbau der Grenzlandforschung* soll deshalb dazu beitragen, durch bessere Informationen über das Grenzgebiet und mit Hilfe weiterer Entscheidungshilfen zu einer noch besseren Entwicklungspolitik für den Grenzraum zu kommen.

Über die Erfolge der planerischen Zusammenarbeit im Grenzgebiet und über neue Ansätze berichten der Raumordnungsbericht der Landesregierung 1977 und der Erläuterungsbericht zum Regionalplanentwurf für Sønderjylland vom Dezember 1979. Der Raumordnungsbericht hebt hervor, daß die *Bedeutung der Expertengespräche* in letzter Zeit besonders deshalb zugenommen hat, weil die Amtskommune Sønderjylland in den letzten Jahren einen *Regionalplan* erarbeiten konnte. Dieser Regionalplan ist inzwischen aufgestellt und in all seinen Entwicklungsphasen der Landesregierung von Schleswig-Holstein zur Abstimmung vorgelegt worden, wobei über die oben erwähnten Projektgruppen hinaus intensive Gespräche zwischen den Fachressorts stattgefunden haben, deren Ergebnisse in den Regionalplan 1980-91 für Sønderjylland eingegangen sind¹².

Mit der Genehmigung des Regionalplanes durch das dänische Umweltministerium wird für 1981 gerechnet.

Im Zuge des Aufstellungsverfahrens wurde von dänischer Seite auch großes Interesse an der Ausarbeitung grenzüber-

schreitender Orientierungsdaten geäußert. Darüber hinaus standen bei den vielfältigen Abstimmungen Probleme der Regionalpolitik, des Verkehrs, des Küstenschutzes, der „Grenzwasserkommissionen“, der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie die des Fremdenverkehrs zur Diskussion. Wie Ministerpräsident Dr. G. Stoltenberg 1978 betonte, wurde und wird kein Thema aus der Diskussion ausgeklammert¹³. Diese Verhaltensweise hat sich in der Praxis bewährt.

Die bisherige Zusammenarbeit zeigt Problemlösungen und Erfolge auf allen Gebieten. Nicht zuletzt deshalb besteht sowohl nördlich als auch südlich der Grenze Einigkeit darüber, die *pragmatischen Kontakte* beider Länder zur Lösung gemeinsamer Probleme im Grenzland sorgfältig zu pflegen, fortzusetzen, weiterzuentwickeln und auf allen Ebenen zu fördern. „Das Zusammenleben der Völker zum gemeinsamen Nutzen aller Bürger unseres Kontinents ist von den Bewohnern zu beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze schon lange als hohe politische Aufgabe begriffen worden“¹⁴.

II. Institutionen für grenzüberschreitende Forschung

1. Institut for Graenseregionsforskning

Das *Institut for Graenseregionsforskning* (Institut für Grenzregionsforschung) wurde nach langjährigen Verhandlungen am 1. April 1976 als selbständiges Institut gegründet und hat 1977 mit seiner Arbeit begonnen. Es wird mit einem Haushalt von etwa 1 Mill. dänischer Kronen von der Amtskommune Sønderjylland und vom dänischen Staat (Unterrichtsministerium) zunächst für die Dauer von 5 Jahren finanziert¹⁵. Seinen Sitz hat das Institut in DK-6200 Aabenraa, Haderslevvej 7.

Das Institut für Graenseregionsforskning hat die *generelle Aufgabe*, über grenzüberschreitende Probleme wissenschaftliche Forschung zu betreiben und Informationen über die Gesamtsystematik der Grenzgebiete in Europa zu verbreiten, wobei der Aufgabenkreis hinsichtlich der Fragen von Staatsgrenzen, Sprachgrenzen und ethnischen Grenzen sehr weit gefaßt ist¹⁶.

Spezielle Aufgabe des Instituts ist es:

- die europäischen Integrations- und Zusammenarbeitsbestrebungen zu untersuchen;
- die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der dänisch-deutschen Grenzregion zu analysieren sowie

10 Vgl. Sønderjyllands Amtskommune (Hrsg.): Regionplan 1980-91, Redegørelse, Regionplanlægning i Sønderjylland, Bd. 21 a, Tønder, Dezember 1979, S. 110 f.

11 Vgl. Kundoch, H. G.: Noch immer im toten Winkel – das deutsch-dänische Grenzgebiet. In: Europa Union. 27. Jg. (1976) Nr. 1, S. 4.

12 Vgl. Sønderjyllands Amtskommune (Hrsg.): Regionplan 1980-91, Retningslinier, Regionplanlægning i Sønderjylland, Bd. 21; Redegørelse, Regionplanlægning i Sønderjylland, Bd. 21 a, Tønder, Dezember 1979, S. 107 f.

13 Vgl. Raumordnungsbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 1977. Hrsg. vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde. – Kiel 1977. = Landesplanung in Schleswig-Holstein, H. 14, S. 135 – 137./Flensburg Avis vom 28. Oktober 1978.

14 Ansprache von Bundespräsident Walter Scheel: „Deutsch-dänischer Beitrag zur Zusammenarbeit in Europa“, in Aabenraa am 16. Juni 1979. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 80, S. 745 vom 20. Juni 1979.

15 Vgl. Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1977. – Aabenraa 1978. S. 3.

16 Vgl. Fink, T.: Institut for Graenseregionsforskning. In: H. P. Hanssen som minister i regeringens Zähl 1919. Hrsg. vom Institut for Graenseregionsforskning. – Aabenraa 1977. S. V – XIV.

- Konferenzen und Seminare durchzuführen und andere Formen der Forschungskommunikation zu betreiben.

Das Institut steht unter der Leitung eines *Direktoriums* von 5 Mitgliedern, wovon 2 Mitglieder von der Amtskommune Sønderjylland und 3 Mitglieder – jeweils für die Dauer von 4 Jahren – vom Unterrichtsministerium bestimmt werden, darunter einer auf Empfehlung des „Staatlichen gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsrats“ und einer auf Empfehlung des „Staatlichen humanistischen Forschungsrats“. Das Direktorium wählt aus seiner Mitte einen *Vorsitzenden* und hat die übergeordnete Dienst- und Fachaufsicht über das Institut, insbesondere hinsichtlich der Aufstellung und Durchführung des Forschungsprogramms, des Haushalts, der Personalwirtschaft, der Evaluierung der Forschungsergebnisse und der jährlichen Berichterstattung über die Arbeit des Instituts. Als *Gründungsdirektor* des Instituts wurde vom Direktorium der Generalkonsul a. D. Prof. Dr. *Troels Fink* ernannt, der diese Aufgabe bis zum Sommer 1979 wahrnahm und aus Altersgründen von Direktor *Niels Groes* abgelöst wurde. In den Jahren 1977 und 1978 waren am Institut 8 Mitarbeiter fest angestellt, darunter 5 Wissenschaftler. Insbesondere durch den Ausbau der Datenverarbeitung wurde die Anzahl der Beschäftigten 1979 auf insgesamt 11 Mitarbeiter erhöht. Für 1980 ist ein weiterer Ausbau des Instituts vorgesehen¹⁷. Satzungsgemäß muß das Direktorium im April 1980 eine *Empfehlung zur weiteren Tätigkeit des Instituts* abgeben.

Bisher hat das Institut eine große Anzahl interessanter Forschungsberichte herausgegeben sowie Konferenzen und Tagungen durchgeführt (vgl. Kap. III und Kap. IV). Künftig sollen der Sprach- und Bildungsforschung sowie der Information, Ausbildung und Beratung noch größerer Raum bei der Institutstätigkeit eingeräumt werden.

In Verbindung mit der Institutsgründung wurde am 16. November 1976 in DK-6200 Aabenraa, Haderslevvej 7, die *Dansk Selskab for Graenseregionsforskning* (Dänisch Gesellschaft für Forschungen in Grenzregionen) gegründet. Die Gesellschaft hat sich die Förderung von Studien und die Verbreitung von Informationen über Grenzprobleme im weitesten Sinne zur Aufgabe gemacht. Bereits in den Jahren 1977/78 hat die Gesellschaft eine rege Vortrags- und Informations-tätigkeit über Probleme in Grenzgebieten entfaltet.

2. Institut für Regionale Forschung und Information

Das *Institut für Regionale Forschung und Information* im Deutschen Grenzverein e. V. wurde als Einrichtung des Deutschen Grenzvereins e. V., der sich schon seit geraumer Zeit mit Konzeptionen für die Entwicklung des Raumes beiderseits der deutsch-dänischen Grenze befaßt, am 1. Mai 1978, also etwa zwei Jahre nach Einrichtung des dänischen Instituts, mit Sitz in D-2390 Flensburg, Waitzstraße 3, gegründet¹⁸. Dem Institut angegliedert ist die *Forschungsstelle*

der *Pädagogischen Hochschule* in Flensburg, die – mit der Auftragsstellung geographischer Forschungen – durch Erlaß des Kultusministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 20. Juli 1978 gegründet worden ist, aber auch vom Deutschen Grenzverein e. V. getragen wird.

Das *Institut für Regionale Forschung und Information* hat folgende Aufgaben¹⁹:

- *Erarbeitung von Grundlagen* für die Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situationen im deutsch-dänischen Grenzraum und Koordinierung aller Bestrebungen der bereits mit Forschungsaufgaben befaßten Einrichtungen;
- *Erstellung einer Dokumentation* über Grundlagen, Forschungsergebnisse und Statistiken, die für die Beurteilung der Probleme im Grenzraum von Bedeutung sind;
- *Errichtung einer Informationszentrale*, die auf der Basis der Forschungsergebnisse und der Dokumentationen in umfassender Weise Auskünfte zur Lösung und Bearbeitung von Problemen grenzpolitischer Art geben soll; die Dokumentations- und Informationszentrale des Instituts hat ihre Tätigkeit im September 1979 aufgenommen.

Das Institut wird in wissenschaftlichen Grundsatzfragen der Grenzlandforschung von einem aus 21 Mitgliedern bestehenden *Kuratorium* beraten, das auf Vorschlag des Instituts vom Vorstand des Deutschen Grenzvereins auf die Dauer von 4 Jahren berufen wird. Zu den Mitgliedern des Kuratoriums gehören unter anderem Mitglieder der Landesregierung, des Landtages und der kommunalen Selbstverwaltung. Die laufenden Geschäfte des Instituts werden von einem *Vorstand* geführt, der sich aus dem Leiter des Instituts, dem Vorstand des Kuratoriums, dem Leiter der Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule Flensburg, dem Geschäftsführer des Deutschen Grenzvereins e. V. sowie dem Vorsitzenden des Forschungsrates zusammensetzt. Das Kultusministerium ist bei den Sitzungen des Vorstandes ständig vertreten. Der seit 1974 bestehende *Forschungsrat* des Deutschen Grenzvereins setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen und soll das Institut zu Forschungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet anregen und über die Durchführung von Einzelprojekten beraten²⁰. *Gründungsdirektor* des Instituts ist Präsident i. R. *Reinhold Borzikowsky*. Die Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule Flensburg wird von Prof. Dr. *Karl Weigang* geleitet. Direktor der Dokumentations- und Informationszentrale ist Dr. *Gerhard Kraack*.

Die *Forschungstätigkeit des Instituts* wird alle die Grenzregionen berührenden Bereiche erfassen, die sich für eine wissenschaftliche Behandlung eignen. Die *Forschungsergebnisse* des Instituts sollen, nach den Darstellungen über die Tätigkeit des Instituts vom Herbst 1979, durch Veröffentlichungen, Vortragstätigkeit und eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit

17 Vgl. Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1978, Aabenraa 1979, S. 3; Årsberetning 1979, S. 124 ff.

18 Vgl. *Borzikowsky, R.*: Pläne zur Wirtschaftsförderung, in Artikel „Beiderseits der Grenzen“. In: Europäische Zeit. (1978) Nr. 8, S. 14.

19 Das Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V. Flensburg, Informationsschrift. - Flensburg, im September 1979, S. 3. Sitz der Informations- und Dokumentationszentrale ist D-2390 Flensburg, Duburger Straße 2 – 8, Tel. 0461/44435.

20 Das Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V., Flensburg, a. a. O., S. 7 f.

der Bevölkerung in verständlicher Form nahegebracht werden. Eine erste Schrift über „Daten der Grenzregion“, deren Manuskript bereits 1977 fertiggestellt war, konnte 1979 erscheinen (vgl. Kap. III). Eine Intensivierung der Forschungstätigkeit ist für die nächsten Jahre vorgesehen²¹.

3. Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Flensburg

Als Grundlage für und im Zusammenhang mit der kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Stadt Flensburg mit dänischen Kommunen hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik – im Auftrage des Magistrats der Stadt Flensburg – *eigene Forschungstätigkeiten* entwickelt. Als Ergebnis dieser Tätigkeit sind bereits einige Schriften erschienen²², über die in Kap. III zu berichten sein wird. Diese Tätigkeit der Stadt Flensburg, die gerne auf vorliegende Forschungsergebnisse zurückgegriffen hätte, wurde erforderlich, weil in den Jahren 1978/79 zu dem erforderlichen Zeitpunkt keine Informationen, die für die eigene Planungstätigkeit und die kommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig gewesen wären, zur Verfügung standen.

III. Ausgewählte Ergebnisse der Raumforschung im Grenzgebiet

1. Vergleichende statistische Untersuchungen — Raumbeobachtung

Immer wieder werden von allen Institutionen, die sich mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit befassen, bessere Daten und Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen gefordert. Nach dem Beitritt Dänemarks zur EG im Jahre 1973 wurde dieser Wunsch immer deutlicher artikuliert. Angeregt durch den Forschungsrat des Deutschen Grenzvereins und unterstützt durch die Amtskommune Sønderjylland und die Landesregierung Schleswig-Holstein, hat der Deutsche Grenzverein e. V. eine interessant aufbereitete und mit vielfältigen Abbildungen und Darstellungen versehene erste *statistische Darstellung der Grenzregion Schleswig*, die aus dem dänischen Amt Sønderjylland und dem schleswig-holsteinischen Planungsraum V gebildet wird, durchgeführt²³.

Die planungsbezogene Abgrenzung und Unterteilung der Grenzregion, die in der Veröffentlichung ausführlich begrün-

det wird, erlaubt – trotz vieler statistischer Mängel – relativ gute Einblicke in die Bevölkerungs- Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, in das Wählerverhalten, die Verkehrsbeziehungen und die vielfältigen *grenzüberschreitenden Aktivitäten*, wie Bevölkerungsbewegungen, Warenhandel, Niederlassungen und den grenzüberschreitenden Verkehr.

Drei Gegebenheiten fallen dabei, trotz veralteter statistischer Zahlen und mangelhafter Vergleichbarkeit der Statistik, besonders auf: die relativ starke Strukturschwäche des südlichen Teiles der Grenzregion, die zu anderen Grenzgebieten vergleichbar geringen grenzüberschreitenden demographischen und ökonomischen Verflechtungen sowie die starke und wachsende Bedeutung des Fremdenverkehrs, insbesondere für den südlichen Teil der Grenzregionen.

Diese Erkenntnisse werden mit Hilfe aktueller Daten untermauert und von einer „Vergleichenden Statistik der Deutsch-Dänischen Grenzregion“, die – wie bereits erwähnt – von der Stadt Flensburg durchgeführt wurde²⁴. Diese in einfacher Form mit vielfältigen Karten und Abbildungen illustrierte Studie ist, insbesondere wegen der vertiefenden Betrachtung des engeren Grenzgebietes in der Grenzregion Schleswig und ihrer noch stärker planungsbezogenen Aufbereitung (vgl. Abb. 2), eine wertvolle Ergänzung zu der Studie des Deutschen Grenzvereins. Von besonderer Bedeutung sind die Darstellungen der umweltbezogenen Planungen und die gegenüberstellend aufbereiteten bevölkerungs- und arbeitsplatzbezogenen Prognosen.

Bedauerlich ist jedoch, daß beide Studien scheinbar unkoordiniert nebeneinander hergelaufen sind und in beiden Analysen nicht alle verfügbaren Informationen benutzt wurden. Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß hier mit relativ geringem Mitteleinsatz und in überraschend kurzer Zeit grenzüberschreitende Informationsquellen geschaffen worden sind, um die andere Grenzgebiete diese Grenzregionen beneiden dürften.

2. Regionale Wirkungen des grenzüberschreitenden Handels

In den Jahren 1977/78 hat das Institut for Graenseregionsforskning (IfG) *Studien über den Grenzhandel* durchgeführt²⁵. Ziel der Studien war die Herausarbeitung einer fundierten Darstellung und Analyse des gesamten Wareneinkaufs und Handelstourismus über die dänisch-deutsche Grenze im Mai 1977, wobei den regionalen Harmonisierungserfolgen der EG besonderes Augenmerk geschenkt wurde. Der erste Teil der Studie behandelt die Entwicklung des *grenzüberschreitenden Handels 1970 bis 1977* im Zusammenhang mit seinen Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit der Entwicklung des Preisniveaus beiderseits der Grenze und der Ausweitung des grenzüberschreitenden Autoverkehrs. Im zweiten Teil der Studie werden die grenzüberschreitenden Einkäufe

21 Vgl. Reimers, W.; G. Toft: Daten der Grenzregionen. Hrsg. vom Deutschen Grenzverein e. V. - Schleswig 1979. S. 5; laut freundlicher Mitteilung von Herrn Präsident i. R. R. Borzikowsky vom April 1980.

22 Vgl. z. B. Braun, V.; V. Benkwitz: Vergleichende Statistik der Deutsch-Dänischen Grenzregion. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Flensburg – Amt für Stadtentwicklung und Statistik. - Flensburg, März 1979; dänische Fassung, a. a. O., Juni 1979.

23 Vgl. Reimers W.; G. Toft: Daten der Grenzregion, a. a. O., S. 7 ff. Erste Ergebnisse dieser Studie wurden von W. Istel und J. Robert bereits in der Studie „Raumordnung beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Schweiz und Österreich – unter besonderer Berücksichtigung der Zentren und Achsen“ verwendet (Forschungsauftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Beratungsentwurf. - München 1979, S. 187 ff.).

24 Vgl. Braun V.; V. Benkwitz: Vergleichende Statistik der Deutsch-Dänischen Grenzregion, a. a. O.; Sammenlignende statistik for den dansk-tyske graenseregion, a. a. O.

25 Vgl. Gammelgård, G.; S. Jeppesen; O. Therkildsen: Graensehandel over den dansk-tyske landegraense. Hrsg. vom Institut for Graenseregionsforskning. - Aabenraa 1978; Arsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1978, a. a. O. S. 5 f.

nach ihren *Motiven* analysiert und daraus die *Möglichkeiten für die Entwicklung dieses Handels* unter Berücksichtigung der davon betroffenen Warengruppen abgeleitet. Die Studie schließt mit einer kritischen Betrachtung der offiziellen Statistik über den Grenzhandel und über bisher durchgeführte Handelsanalysen. Die Untersuchung hebt auch deutlich die wachsende Bedeutung des weit in das dänische Gebiet ausstrahlenden Oberzentrums Flensburg für die dänischen Einkaufspendler hervor.

Aus deutscher Sicht bemerkenswert sind die dänischen verbraucherpolitischen Interessen und die *staatspolitischen Bewertungen* der Wirkungen des Grenzhandels. Im Mai 1977 kauften die Dänen in Deutschland für ca. 49 Mill. dkr und die Deutschen in Dänemark für etwa 27 Mill. dkr ein. Zu den Wirkungen auf die Einkäufer stellt die Untersuchung die Einkaufsvorteile, die Verknüpfung der Einkäufe mit anderen grenzüberschreitenden Motiven, die relativ geringe Änderung der Einkaufsgewohnheiten durch den Grenzhandel und den relativ hohen Zeit- und Kostenaufwand des grenzüberschreitenden Einkaufs, insbesondere unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entfernungszonen, heraus²⁶. Insbesondere *drei regionale Wirkungen* des Grenzhandels werden in der Untersuchung besonders hervorgehoben:

- in unmittelbarer Grenz Nähe ergeben sich hinsichtlich *konkurrierender Einkäufe* über die Grenze starke Einwirkungen auf den örtlichen Handel, insbesondere wegen des sogenannten Kontrahandels, die aber relativ ungefährlich sind;
- mit wachsender Entfernung, insbesondere ab etwa 10 km Abstand von der Grenze, nimmt der *Einfluß des Grenzhandels* erheblich ab, das heißt, es können wegen des fehlenden Kontrahandels für den örtlichen Einzelhandel durch Grenzeinkäufe erhebliche Verluste entstehen;
- mit weiterwachsendem Abstand von der Grenze steigt der sogenannte *Entfernungsschutz* für den Einzelhandel; wie die Untersuchung jedoch gezeigt hat, war der Entfernungsschutz auf deutscher Seite bedeutend stärker als in Dänemark.

Wegen des weitgehenden *Fehlens steuerlicher Abgaben* als verbraucher- und finanzpolitisches Instrumentarium in der Bundesrepublik Deutschland, die ganz wesentliche Einkaufsmotivationen für den dänischen Verbraucher sind, und der dementsprechenden Ausrichtung der Käuferströme ergeben sich negative Wirkungen für den dänischen Staat, so zum Beispiel aus der Schwächung der Steuereinnahmen, dem erhöhten Devisenverbrauch, der Schwächung der Besteuerungsgrundlagen (Einzelhandel) im Inland und einem verminderten Verbraucherschutz (zum Beispiel gegen Alkohol), die nicht zuletzt durch die liberalen grenzüberschreitenden Reise- und Zollbestimmungen der EG bewirkt wurden. Als ein Ergebnis der Untersuchung wird festgestellt, daß *der dänische Staat wegen des Grenzhandels* von der EG, von den Verbrauchern und von den Interessenorganisationen einem *gewaltigen*

Druck ausgesetzt ist²⁷. Aus diesem Grunde wird der Grenzhandel, solange in der EG keine steuerliche und wirtschaftliche Harmonisierung der Bestimmungen erreicht wird, immer eine hochpolitische und *stark diskutierte Frage* bleiben:

Im November 1979 wurde deshalb auch eine Interviewuntersuchung des Einkaufsverhaltens von Grenzpassanten durchgeführt, deren Ergebnisse in eine für 1980 geplante größere Veröffentlichung eingehen sollen, um eine bessere Entscheidungsgrundlage für die dänische Abgabepolitik zu bekommen.

3. Grenzpendlerfragen — Grenzpendlerrechte

Die Grenzpendlerfrage ist im dänisch-deutschen Grenzgebiet von untergeordneter Bedeutung, weil zum Beispiel 1970 nur 200 Erwerbspersonen von Sønderjylland in die Bundesrepublik zur Arbeit pendelten.

Der Arbeitsmarktausschuß der Amtskommune Sønderjylland hat dennoch 1978 das IfG mit der Ausarbeitung einer Studie über Grenzpendlerfragen beauftragt. In einem Informationsprospekt in dänischer Sprache, der im Jahre 1979 vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Flensburg auch zweisprachig in dänisch/deutscher Sprache unter dem Titel „Grenzpendler Deine Rechte“ herausgegeben wurde²⁸, werden Informationen über die deutschen und dänischen Regeln aus dem Versorgungsrecht, dem Pensionsrecht, dem Arbeitsrecht, dem Steuerrecht usw., soweit sie für die Pendler von Bedeutung sein können, übersichtlich zusammengestellt. Dabei wird insbesondere auf die *Unterschiede in den rechtlichen Regelungen* hingewiesen. Bei der Zusammenstellung der Regeln hat sich unter anderem herausgestellt, daß es immer noch sehr unklar ist, welche Regeln eigentlich für die Grenzpendler gelten. Insgesamt gesehen, ist diese Untersuchung eine sehr bemerkenswerte Studie zur Förderung der grenzüberschreitenden Beziehungen und Verflechtungen.

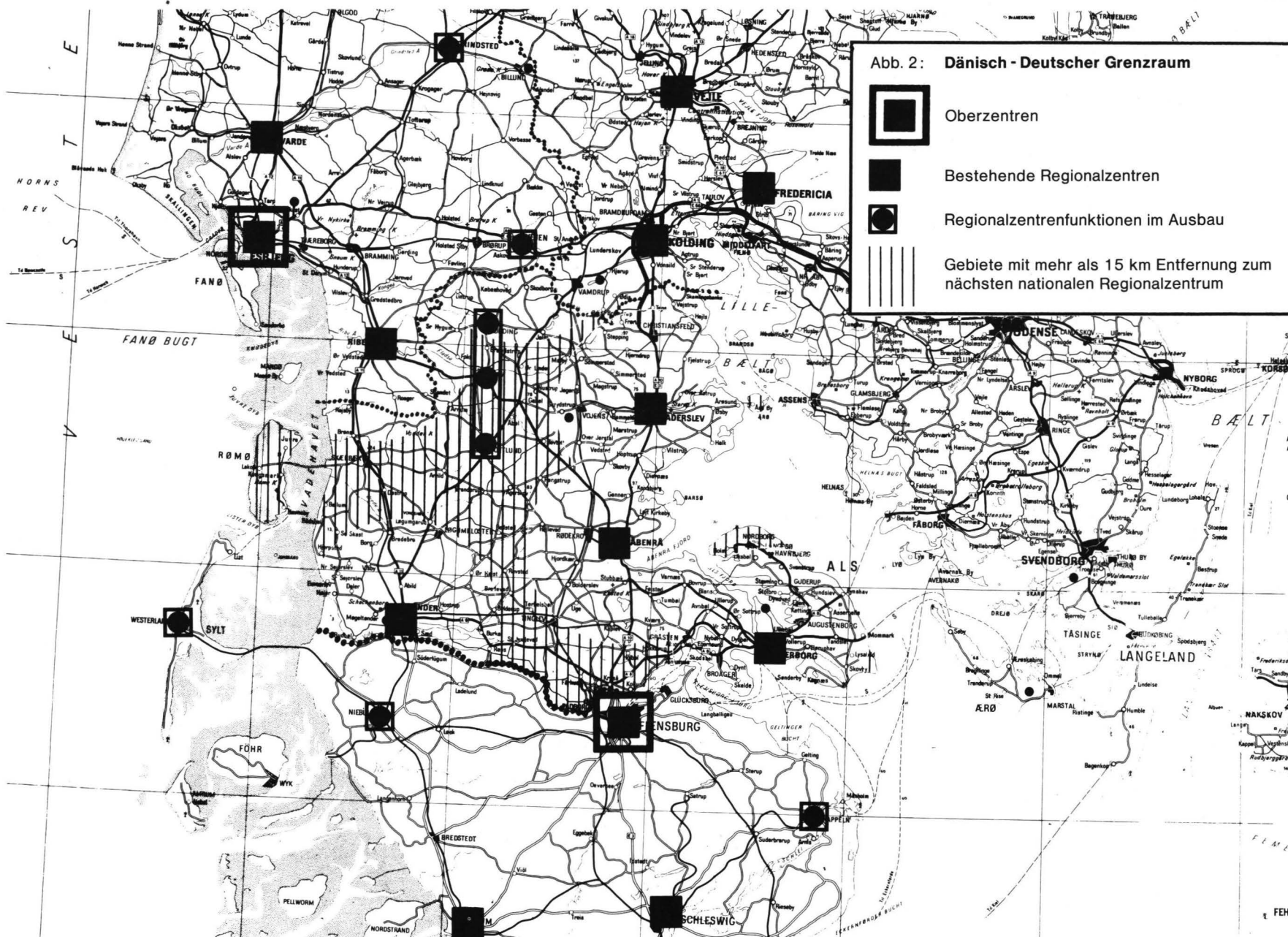
Als ein Pendant zur Broschüre „Grenzgänger — Deine Rechte“ hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Flensburg in Zusammenarbeit mit vielen dänischen und deutschen Institutionen einen sogenannten „Kompaß für Grenzgänger“ erarbeitet²⁹. Diese Broschüre soll Grenzgängern, die in Deutschland wohnen und in Dänemark arbeiten, helfen und sie über ihre Rechte und Pflichten informieren. Eine im Frühjahr 1980 erscheinende zweisprachige Fassung soll insbesondere für Dienststellen und Unternehmen auf dänischer Seite hilfreich sein. Nach Auffassung von Flensburgs Oberbürgermeister Dr. Richter wurde der „Kompaß für

26 Vgl. Gammelgård, G.; S. Jeppesen; O. Therkildsen: Graensehandel over den dansk-tyske landegrænse, a.a.O.; Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1978, a.a.O., S. 104 ff.

27 Vgl. Gammelgård, G.; S. Jeppesen; O. Therkildsen: Graensehandel over den dansk-tyske landegrænse, a.a.O.; Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1978, a.a.O., S. 120; Årsberetning for Graenseregionsforskning 1979, a.a.O., S. 115.

28 Vgl. Therkildsen, O.; G. Gammelgård; P. Vollstedt: Graensependler Dine rettigheder — Grenzpendler Deine Rechte. Hrsg. vom Institut for Graenseregionsforskning und vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Flensburg (Stand: 1. 1. 1979). — Flensburg 1979.

29 Vgl. Braun, V.; V. Benkwitz: Kompaß für Grenzgänger. Ein Leitfaden. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Flensburg — Amt für Stadtentwicklung und Statistik. — Flensburg, März 1980.



Quelle: Sønderjyllands Amtskommune, Regionplan 1980-91, Redegørelse, Dezember 1979, S. 112.

Grenzgänger“ als Leitfaden durch die Verordnungen der EG und die staatsgesetzlichen Bestimmungen diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze in der Hoffnung erarbeitet und veröffentlicht, „daß davon weitere Hilfen und Impulse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze ausgehen“³⁰.

Wie das IfG in seinem Jahresbericht 1979 darlegt, wird vom Institut 1980 eine umfassende Studie über die Grenzpendlerproblematik herausgegeben, obwohl man sich darüber im klaren ist, daß Grenzpendlerfragen an der dänisch-deutschen Grenze kaum eine Rolle spielen.

4. Regionalplanung, Regionalentwicklung und Umweltschutz

Von Anbeginn an hat sich das Institut for Graensereionsforskning (IfG) mit Fragen der Regionalplanung, Regionalentwicklung und mit dem Umweltschutz befaßt. Es ist als sehr verdienstvoll anzusehen, daß die Mitarbeiter des Instituts sofort nach Arbeitsaufnahme, mit dem Ziel einer Unterstützung der Debatte über die in Dänemark gerade angelaufene „neue Regionalplanung“, eine Aufsatzsammlung zur Regionalplanung und Regionalpolitik herausgegeben haben, in der die dänischen und deutschen Regionalplanungen, Regionalentwicklungen und die gesetzlichen Regelungen zum Umweltschutz, mit besonderen Beispielen aus Sønderjylland, einander gegenübergestellt werden³¹. Die Ausarbeitung fußt auf den Ergebnissen einer gemeinsamen Konferenz deutscher und dänischer Sachverständiger im Jahre 1977. Die Schrift ist eine ausgezeichnete Informationsquelle für diejenigen, die die dänische Sprache verstehen, und hätte, wenn zumindest einige Zusammenfassungen in deutscher Sprache mitaufgenommen worden wären, eine noch größere Wirkung zur Förderung der grenzüberschreitenden Beziehungen erreichen können.

Diese Analysen aus der Gründungszeit des IfG sind inzwischen fortgeführt worden, wobei zunächst *Untersuchungen zur Regionalentwicklung* an der dänisch-deutschen Grenze im Vordergrund des Interesses lagen. Auf dem Hintergrund der Entwicklung im Zeitraum 1958 – 1972, also vor dem Eintritt Dänemarks in die EG, werden in der Untersuchung die Regionalpolitik Dänemarks, der Ausbau der EG-Regionalpolitik 1958 – 1977 sowie die Regionalpolitik an der dänisch-deutschen Grenze kurz beschrieben und analysiert³². Dabei wird nochmals herausgestellt, daß es in der Grenzregion große Strukturunterschiede gibt. Während Sønderjylland, gemessen am Beschäftigungs- und Industrialisierungsgrad, zu den am besten entwickelten Regionen Dänemarks

gehört, liegt Südschleswig, mit Ausnahme der Stadt Flensburg, erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Untersuchung schließt mit der Aussage, daß sich die Bestrebungen, im Rahmen der EG zusammenzuarbeiten, offensichtlich auf örtlichem Niveau an den internen Grenzen zwischen den EG-Mitgliedsländern leichter realisieren lassen als zwischen den Ländern insgesamt.

Es wäre wünschenswert, wenn diese Untersuchungen zur Regionalentwicklung weiterverfolgt, vertieft und konkretisiert werden könnten, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten des sekundären und tertiären Sektors, vor allem des Fremdenverkehrs, sowie in allen Bereichen grenzüberschreitenden Umweltschutzes. Bisher lassen sich, wie dies der Erläuterungsbericht zum Regionalplan für Sønderjylland ausführt, keine Zusammenhänge in der regionalen Entwicklung der Beschäftigtenstruktur beiderseits der Grenze feststellen³³.

5. Kommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Skandinavien

Die kommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit hatte seit der Gründung des IfG einen festen Platz in der Forschungstätigkeit des Instituts. Als eine der ersten Arbeiten des IfG erschien im Jahre 1977 eine Beschreibung und Analyse der offiziellen und halboffiziellen kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Norden, in der die staatliche und kommunale Zusammenarbeit, die *Nordische Konvention zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit*, die Organisation und Tätigkeit der Kommunen in den vier skandinavischen Ländern und die rechtliche Regelung kommunaler Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Staaten untersucht werden³⁴.

Im Mittelpunkt der Ausarbeitung stehen die Erläuterungen zur Nordischen Konvention. Bei dieser Arbeit handelt es sich insgesamt um die *erste spezielle zusammenfassende Darstellung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Skandinavien*. Sie enthält auch wertvolle Hinweise für grenzüberschreitende Kooperation in anderen Teilen Europas.

Mit den Zielsetzungen einer Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommunaler Vertreter, der Verbesserung des Verständnisses kommunaler Verhältnisse im Nachbarland und letztendlich mit dem wissenschaftlichen Ziel der Entwicklung meßbarer/anwendbarer Kriterien zum Vergleich von Elementen in den beiden unterschiedlichen kommunalen Systemen wird vom IfG eine seit 1978 vertiefende *Untersuchung der kommunalen Selbstverwaltung* in den Gemeinden beiderseits der Grenze durchgeführt, wobei auch unter anderem das *öffentliche Versorgungsniveau* beiderseits der Grenze vergleichend untersucht wurde³⁵. Von den Ergeb-

30 Vorwort von Oberbürgermeister Dr. B. Richter zur Broschüre „Kompaß für Grenzgänger“, a. a. O., S. 3.

31 Vgl. Institut for Graensereionsforskning (Hrsg.): *Regionplanlægning, Egnsudvikling og Miljøbeskyttelse med eksempler fra Sønderjylland og med udblik over graensen*. - Aabenraa 1977.

32 Vgl. Jeppesen, S.: *Dansk Egnsudvikling og EF's Regionalpolitik*. In: *Årsberetning for Institut for Graensereionsforskning 1978*. - Aabenraa 1979. S. 23 – 46; Bygver, S.: *Egnsudvikling under økonomisk stagnation*. Årsberetning for Institut for graensereionsforskning 1979. - Aabenraa 1980. S. 5 – 20.

33 Vgl. Sønderjyllands Amtskommune (Hrsg.): *Regionplan 1980-91*, Redegørelse, a. a. O., S. 111.

34 Vgl. Becker-Christensen, H.; H. v. Buchwald: *Graensekommunalt samarbejde i Norden*. Hrsg. vom Institut for Graensereionsforskning. - Aabenraa 1977; Nordiska rådet och Nordiska ministradets sekretariat i Oslo (Hrsg.): *Nordisk konvention om graenskommunalt samarbejde*. NU 1976: 10. - Stockholm 1976.

35 Vgl. Årsberetning for Institut for Graensereionsforskning 1978, a. a. O., S. 8; Gammelgård, G.: *En præsentation af dansk*

nissen dieser Untersuchung können bei populärer und allgemeinverständlicher Darstellung der Forschungsergebnisse erhebliche positive Wirkungen auf die Verbesserung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der dänisch-deutschen Grenzregion ausgehen. Die Forschungsergebnisse sollen 1980 veröffentlicht werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Bemühungen des Kreises Ostholstein und der Amtskommune Störström hervorgehoben werden, die im Rahmen ihrer „Deutsch-Dänischen Woche“, in Zusammenarbeit mit Prof. N. T. Fink und seinem „Institut for Graenseregionsforskning“, eine vergleichende Analyse des Aufbaues und der Funktion der kommunalen Selbstverwaltung in Dänemark und in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt und die dänischen Verhältnisse auf Schaubildtafeln eindrucksvoll für die deutschen Besucher dargestellt haben. N. T. Fink hat darüber auch in seinem Aufsatz ausführlich berichtet³⁶.

6. Dänisch-deutsche kommunale und staatliche Zusammenarbeit im europäischen Zusammenhang

Ausgehend von den Zielsetzungen des IfG und zur allgemeinverständlichen Erläuterung der europäischen Zusammenhänge, in die die Bemühungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestellt sind, hat das Institut for Graenseregionsforskning 1979 zwei Untersuchungen vorgestellt, in denen die dänisch-deutsche *kommunale und staatliche Zusammenarbeit* im europäischen Zusammenhang dargestellt und die unterschiedlichen Einstellungen beider Länder zur europäischen Politik wissenschaftlich analysiert werden.

Die Untersuchung „Der Europarat und die Grenzgebiete“ befaßt sich mit allen parlamentarischen Bemühungen des Europarats seit seinem Bestehen, den grenzüberschreitenden Kontakten zwischen regionalen und lokalen Körperschaften in Europa einen festen Rahmen zu geben³⁷. Gerade auf dem Hintergrund der 1980 vom Europarat verabschiedeten „Konvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit“³⁸ erhält diese skandinavische Untersuchung aus dem Jahre 1979 ihre besondere Bedeutung. Die Untersuchung schließt mit der Feststellung, daß, selbst wenn die Konvention nicht die von ihr erhofften integrations- und regionalpolitischen Wirkungen erfüllt, *allein die Tatsache der Unterzeichnung der Kon-*

vention durch die Mitgliedstaaten des Europarates einen bedeutenden Fortschritt im Verhältnis der Länder Europas zueinander darstellt.

Die früheren und zum Teil auch noch in die heutigen Tage hineinwirkenden Probleme der dänisch-deutschen Zusammenarbeit werden in dem 1979 vom Institut for Graenseregionsforskning herausgegebenen Buch über „Die dänisch-deutschen Grenzregionen im EG-Zusammenhang“ auf dem Hintergrund moderner integrationstheoretischer Theorien nüchtern untersucht³⁹. Ausgehend von den politischen Bestrebungen des Europäischen Parlaments, insbesondere des sogenannten Gerlach-Gutachtens⁴⁰, und der grenzüberschreitenden EG-Regionalpolitik, werden die *Grundhaltungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit* zwischen Dänemark und Deutschland analysiert. Während den Deutschen eine positive Grundhaltung zur europäischen Integration, zur Ausbildung eines förderativen europäischen Staatenbundes, einer Europäischen Union, zugebilligt wird, können für die Mehrheit der Dänen nur zurückhaltende Integrationsbemühungen festgestellt werden, eine konföderalistische Grundhaltung, die nur soviel Integration zuläßt, wie nach dem EG-Vertrag unbedingt erforderlich ist. Hinzu kommt die Furcht der Dänen vor einer Einschränkung ihrer nationalitätsbewußten außenpolitischen Handlungsfreiheit.

Beide Gründe schlagen sich auf *nationalem Niveau*, nach Ansicht des Verfassers der Studie⁴¹, direkt in der Zusammenarbeit an der Grenze nieder. Während die Deutschen bisher fast immer der treibende Teil hinsichtlich einer institutionalisierten Zusammenarbeit waren, gaben sich die Dänen sehr zurückhaltend. Aber auch nachdem es nun der deutschen Seite relativ gleichgültig ist, in welcher Form sich die Zusammenarbeit abspielt, bleibt auf dänischer Seite immer noch die Furcht vor einer Majorisierung, die teils auf der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik Deutschland beruht, teils aufgrund der Kommunalstruktur auf deutscher Seite vorhanden ist, die in jedem Zusammenarbeitsgremium eine größere Zahl der Teilnehmer stellt. Mit der derzeit praktizierten und von dänischer und deutscher Seite anerkannten *pragmatischen Zusammenarbeit* zur Lösung bestehender aktueller Probleme hat man deshalb den kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner für eine grenzüberschreitende Kooperation gefunden.

Auf *regionalem Niveau* regte sich nach dem Beitritt Dänemarks zur EG die Furcht, die deutsche Seite könne, auf dem Hintergrund ihrer fortgeschrittenen Regionalplanung im Grenzgebiet und wegen der starken Stellung der Stadt Flensburg, ihre stärkere Position in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu ihrem Vorteil ausnutzen⁴². Es wurde deshalb, so der Berichterstatter der oben angeführten Studie, von

kommunalt selvstyre for et tysk publikum. In: Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1977, a.a.O., S. 19 – 25; Gammelgård, G.: Borgerne og de kommunale valgordninger i Sydslesvig og Sønderjyllands amt. In: Årsberetning for Institut for Graenseregionsforskning 1978, a.a.O., S. 47 – 75; Gammelgård, G.: Offentlige ydelser. In: Årsberetning for IfG 1979, a.a.O., S. 21 – 42 u. S. 116.

36 Vgl. Fink, N. T.: Der kommunale Aufbau in Dänemark. In: Die Gemeinde. 30. Jg. (1978) Nr. 4, S. 111 – 117.

37 Vgl. Becker-Christensen, H.: Europarådet og Graenseregionserne-Graenseoverskridende kommunalt og regionalt samarbejde 1949-79.- Aabenraa 1979.

38 Vgl. Malchus, V. Frhr. v.: Europarat: Rahmenkonvention zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa gebilligt. Keine Wunder, aber Problemerkleichterungen für Grenzbevölkerung. In: Raumforschung und Raumordnung. 37. Jg. (1979) H. 6, S. 280 – 282.

39 Vgl. Cornett, A. P.: De Dansk-tyske graenseregioner i EF-sammenhaeng.- Aabenraa 1979.

40 Vgl. Malchus, V. Frhr. v.: Landesplanerische und regionalplanerische Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG).- Hannover 1978.= Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 26. S. 34 f.

41 Vgl. Cornett, A. P.: De dansk-tyske graenseregioner i EF-sammenhaeng, a.a.O., S. 51 ff.

42 Vgl. Cornett, A. P.: De dansk-tyske graenseregioner i EF-sammenhaeng, a.a.O., S. 58 ff.

der Amtskommune Sønderjylland, in Übereinstimmung mit der Auffassung der dänischen Regierung, von Anbeginn an eine *pragmatische Linie der Zusammenarbeit* mit den deutschen Gemeinden angestrebt. In diesem Sinne wurde 1977 das informelle „Dänisch-Deutsche Forum für Kommunalpolitik“ durch den Amtsbürgermeister von Sønderjylland Erik Jessen geschaffen, das *keine bindenden Beschlüsse* fassen kann. Zielsetzung des Forums sollte es sein, auf all den Gebieten zusammenzuarbeiten, die Vorteile für beide Seiten bringen. Man wünschte von dänischer Seite keine Zusammenarbeit um der Zusammenarbeit willen. Als Ergebnis der Studie wird, allen unterschiedlichen Auffassungen zum Trotz, herausgearbeitet und festgehalten, daß die Zusammenarbeit in der Grenzregion – auch nach deutscher Auffassung – sich in den letzten Jahren vorbildlich entwickelt hat.

IV. Diskussion und Verbreitung der Forschungsergebnisse

Es gehört zu den Zielsetzungen der Institute auf dänischer und deutscher Seite, die im Zuge der Forschungsvorhaben gefundenen *Erkenntnisse in der Öffentlichkeit zu diskutieren und zu verbreiten*. Dies ist in den letzten Jahren – insbesondere auf dänischer Seite – immer häufiger geschehen. Da für die deutsche Seite keine Informationen vorliegen, werden im folgenden die wichtigsten Ausstellungen, Konferenzen und Seminare nur für die dänische Seite aufgeführt⁴³:

- Ausstellung über die Ergebnisse der Kommunalreform und die kommunale Selbstverwaltung in Dänemark, Eutin, September 1977;
- Konferenz über Regionalplanung und Regionalförderungsmaßnahmen im dänisch-deutschen Grenzgebiet, Februar 1977;
- Konferenz über die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte an der dänisch-deutschen Grenze, Aabenraa, Januar 1978;
- Konferenz über das Zusammentreffen der Sprachen im dänisch-deutschen Grenzgebiet, Aabenraa, September 1978;
- Konferenz über Probleme der Grenzregionen in Europa, Lund, September 1978;
- Teilnahme an den Dänisch-Deutschen Tagen in Aabenraa 1979.

Aus dieser Auflistung geht im Zusammenhang mit den Ausführungen in Kapitel III hervor, daß das Institut for Graenseregionsforskning Informationstagungen, Seminare und Konferenzen zu fast allen vom Institut untersuchten Themen durchgeführt und diese interessierten Politikern, Fachleuten und der Bevölkerung, vorwiegend aus den Grenzregionen, vorgestellt hat, damit die Forschungsergebnisse im regionalen und kommunalen Bereich in die Praxis umgesetzt werden können. Auch wurde für Studierende und Schüler eine umfassende Beratungstätigkeit zu grenzregionalen Fragen ausgeübt.

V. Zusammenfassung und Ausblick

1. In den letzten 10 Jahren hat sich die *grenzüberschreitende Zusammenarbeit* an der dänisch-deutschen Grenze gefestigt und wesentlich verbessert. Im Rahmen der *kommunalen Kooperation* arbeitet man im „Dänisch-Deutschen Forum für Kommunalpolitik“ zusammen und versucht, wie auch im *landesentwicklungspolitischen Bereich*, zwischen der Landesplanungsbehörde in Kiel und dem Amt Sønderjylland, anstehende Probleme auf pragmatische Weise ohne feste institutionelle Bindungen, wie zum Beispiel ohne die Einrichtung einer bilateralen Raumordnungskommission, zu lösen. Man hat sich weitgehend darauf geeinigt, Zusammenarbeit über die Grenze hinweg vorwiegend nur in den Bereichen stattfinden zu lassen, wo sie Vorteile für beide Partner auf beiden Seiten der Grenze bringt. Wie die Resolution des „Forums“ zum Brückenbau über den Großen Belt zeigt, gibt es jedoch auch Ausnahmen von dieser Regel. Zusammenarbeit um der Zusammenarbeit willen wird jedoch von dänischer Seite strikt abgelehnt. Trotzdem hat man sich auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt und auch, getragen vom guten Willen, ohne institutionalisierte Bindungen – und vielleicht auch gerade deshalb – gute Ergebnisse erzielt. Man ist beiderseits der Grenze mit der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten Jahren relativ zufrieden.

Bedauerlich ist nur, daß ein großer Teil der sicherlich bemerkenswerten Zusammenarbeit wohl nicht in ausreichendem Maße von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Im Bereich der *Öffentlichkeitsarbeit* für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Integration müßte deshalb mehr als bisher getan werden.

2. Zur *Förderung der Forschung* über die Probleme in der Grenzregion haben die Amtskommune Sønderjylland zusammen mit dem dänischen Staat und der Deutsche Grenzverein e. V. zusammen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein *je eine Forschungseinrichtung* beiderseits der deutsch-dänischen Grenze geschaffen. Während das dänische Institut in Aabenraa in den letzten Jahren vorbildliche Leistungen aufzuweisen hat, konnte das Flensburger Institut gerade erst mit der Arbeit beginnen. Es bleibt zu wünschen und zu hoffen, daß beide Institute, zusammen mit den kommunalen und regionalen Instanzen, eine gut *koordinierte Forschungspolitik* für das Grenzgebiet entwickeln und die Forschungsergebnisse noch besser als bisher beiderseits der Grenze verbreiten. Die Forschungsinstitute sollten auch weiterhin vor allem Entscheidungshilfen für die praktische grenzüberschreitende Zusammenarbeitspolitik erarbeiten. Wünschenswert wäre es, wenn die interessanten Forschungsmethoden und vorbildlichen Forschungsergebnisse aus der dänisch-deutschen Grenzregion auch von *anderen Grenzregionen* besser als bisher genutzt werden. Dies könnte zum Beispiel durch Mitarbeit der beiden Forschungsinstitute im Fachbeirat der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) und durch bessere Informationen der AGEG über die grenzüberschreitende Tätigkeit in der Grenzregion ermöglicht werden. Damit ließe sich unter Umständen auch eine Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Mittel- und Südeuropa mit dem skandinavischen Raum zum Nutzen aller

43 Vgl. hierzu die Jahresberichte des Instituts for Graenseregionsforskning, die seit 1977 jährlich erscheinen, speziell Jahresbericht 1979, a.a.O., S. 123 f.

Grenzgebiete herbeiführen. Durch den Beitritt der Stadt Flensburg zur AGEG sind bereits entsprechende Bemühungen eingeleitet worden. Diese Bemühungen und die damit eventuell ermöglichte „Brückenfunktion“ zu den skandinavischen Ländern gilt es weiter aufzubauen.

3. In der Bearbeitung der bisherigen *Forschungsthemen* des Instituts for Graenseregionsforskning und in den ersten Forschungsergebnissen des Deutschen Grenzvereins e. V. spiegeln sich in hervorragender Weise Problemfelder wider, die bisher zu den wichtigsten *Forschungsbereichen im Grenzgebiet* gehörten. Künftig gilt es, zunächst insbesondere die Raumbeobachtung in der Grenzregion aktueller zu gestalten und auszubauen, vor allem unter Ausnutzung der vorhandenen und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtigen Statistiken, unter Auswertung der Ergebnisse der statistischen Großzählungen in den nächsten Jahren. Darüber hin-

aus sollte in Verbindung mit den *Fortschreibungen der Regionalpläne* beiderseits der Grenze möglichst eine weitere Harmonisierung der das Grenzgebiet berührenden planerischen Aussagen angestrebt werden. Dazu könnte es zweckmäßig sein, wenn die wissenschaftlichen *Untersuchungen zum Beispiel zum Arbeitsmarkt*, zur Regionalentwicklung, zum Fremdenverkehr, zum Umwelt- und Küstenschutz usw. ausgeweitet und vertieft werden könnten. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn *künftig alle Untersuchungen* zumindest eine ausführliche Zusammenfassung *in der Sprache des Nachbarlandes* enthalten würden, wie dies in den letzten Veröffentlichungen des Instituts for Graenseregionsforskning bereits geschehen ist. Noch besser wäre eine *zweisprachige Herausgabe* der Untersuchungsergebnisse. Dies wäre sicherlich für die breite Anwendung der Ergebnisse der Raumforschung auf beiden Seiten der Grenze zum Nutzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der dänisch-deutschen Grenze dienlich.